

Vorlagennummer

SV 26/

Drucksachenummer

SV 26/

KEHRTWENDE – Bad Homburg

Datum: **01.06.2026**

Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe

Anfrage gemäß § 10 GO

**U2-Verlängerung – Kriterien für einen Baustopp – Wirtschaftlichkeit,
Risikovorsorge und Handlungsoptionen bei veränderten geopolitischen
Rahmenbedingungen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung vom **21.05.2026** wurde eine Anfrage gem. **§11 GO** zu den Voraussetzungen eines möglichen **Baustopps** der U2-Verlängerung aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nur teilweise beantwortet.

Die **Kosten** der Verlängerung der U-Bahnlinie U2 von Gonzenheim zum Bahnhof Bad Homburg haben sich nach öffentlich bekannten Angaben von ursprünglich rund **55 Mio. € (2009)** auf inzwischen etwa **200 Mio. €** erhöht.

Gleichzeitig bestehen weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich der endgültigen Fördermittelbewilligung sowie hinsichtlich der Auswirkungen **geopolitischer Entwicklungen** auf Energiepreise, Materialverfügbarkeit, Lieferketten und Finanzierungskosten.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Magistrat bis zum 14. August 2026 um schriftliche Beantwortung des Antrag zu folgenden Fragen:

Fragen:

1. Wirtschaftlichkeit

Nach welchen konkreten Kriterien bewertet der Magistrat derzeit die wirtschaftliche Vertretbarkeit der Fortführung des U2-Projekts?

2. Grenzen der Wirtschaftlichkeit

Existieren innerhalb der Projektsteuerung, der Stadtverwaltung oder der beteiligten Behörden definierte Schwellenwerte oder Risikokriterien, bei deren Erreichen eine Unterbrechung, Neuprüfung oder ein Baustopp des Projekts geprüft werden müsste?

Falls ja:

- welche Kriterien sind dies,
- und wer entscheidet über deren Anwendung?

3. Kostenentwicklung

Welche Bedeutung haben bei der laufenden Projektbewertung insbesondere:

- Baukostensteigerungen,
- Energiepreissteigerungen,
- Materialengpässe,
- Lieferkettenstörungen,
- Fachkräftemangel,
- steigende Zinsen sowie
- höhere Finanzierungskosten?

4. Geopolitische Risiken

Wurde geprüft, welche Auswirkungen die aktuellen militärischen Konflikte und geopolitischen Spannungen – insbesondere zwischen Russland und der Europäischen Union sowie im Nahen Osten, im Bereich des Persischen Golfs und der Straße von Hormus – auf

- Energiepreise,
- Materialkosten,
- Lieferketten,
- Baukosten,
- Finanzierungskosten

und damit auf die Wirtschaftlichkeit der U2-Verlängerung haben können?

5. Wirtschaftlichkeit unter veränderten Rahmenbedingungen

Hat der Magistrat untersuchen lassen, welche Folgen steigende Energiepreise, Materialengpässe, Lieferprobleme und höhere Finanzierungskosten für die Gesamtkosten und die Bauzeit der U2-Verlängerung haben können?

Falls entsprechende Untersuchungen vorliegen:

- zu welchen Ergebnissen kommen diese,
- und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Projektsteuerung?

6. Fördermittelrisiken

Welche Auswirkungen hätte es auf die Fortführung des Projekts,

- wenn Fördermittel nicht oder nur teilweise bewilligt werden,
- wenn sich die Förderentscheidung verzögert,
- oder wenn zusätzliche Eigenmittel und Sicherheiten der Stadt erforderlich werden?

7. Aktuelle Nutzen-Kosten-Untersuchung

Welche wesentlichen Änderungen gegenüber der Nutzen-Kosten-Untersuchung aus dem Jahr 2009 liegen der NKU 2025 zugrunde und wie wird die Wirtschaftlichkeit aktuell bemessen?

Wurden insbesondere frühere Fahrgastannahmen (Nutzen) (2009 = 3.090 pro Werktag) um den Faktor 2,6 (auf 8.050 pro Werktag) angepasst oder begründet sich der Anstieg des Nutzens mit dem Bewertungssystem 2016+ ?

8. Kritische Bauabschnitte:

Ist dem Magistrat bewusst, dass die derzeit begonnenen Bauabschnitte zu den technisch und verkehrlich sensibelsten Bereichen des Gesamtprojekts gehören?

Hierzu zählen insbesondere:

- die Frankfurter Landstraße als zentrale Verkehrsachse der Stadt,
- der dort verlaufende Hauptschmutzwasserkanal zur Entwässerung der gesamten Stadt,
- sowie die sehr anspruchsvollen Bauarbeiten im Bereich der S-Bahn-Brücke als bedeutender Verkehrsknotenpunkt der Region. Die Bauarbeiten sollten den ÖPNV nicht unterbrechen.

Frage: Welche besonderen Risikobetrachtungen wurden für diese Bauabschnitte durchgeführt?

9. Notfall- und Sicherungskonzept

Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, falls sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen während der jahrelangen Bauzeit erheblich verschlechtern und das Projekt unterbrochen werden müsste?

Insbesondere ist von Interesse:

- Welche Maßnahmen sind vorgesehen, falls das Projekt während der Bauphase aus wirtschaftlichen Gründen unterbrochen werden muss?
- Wie wird sichergestellt, dass begonnene Tiefbau-, Kanal- und Verkehrsbauarbeiten in einem solchen Fall ordnungsgemäß abgeschlossen oder gesichert werden können?
- **Wer trägt die finanziellen Risiken für die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur und kritischer Versorgungsanlagen, falls sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen während der jahrelangen Bauzeit wesentlich verschlechtern?**

10. Alternative Infrastrukturmaßnahmen bei eintretender Notfall-Situation:

Wurde im Rahmen einer eintretenden Notfall-Situation auch die Wirtschaftlichkeit einer Alternative zur U2-Verlängerung untersucht?

Insbesondere:

- wurde die Errichtung einer S-Bahn-Station Gonzenheim geprüft,
- mit welchen Kosten wurde eine solche Alternative bewertet,
- und welches Nutzen-Kosten-Verhältnis ergab sich daraus?

Begründung:

Die Grundsätze der Hessischen Gemeindeordnung verpflichten die Stadt zu wirtschaftlichem und sparsamem Handeln (§§ 92 und 93 HGO).

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen zeigen, dass sich wirtschaftliche Rahmenbedingungen innerhalb kurzer Zeit erheblich verändern können. Steigende Energiepreise, Materialengpässe, Lieferkettenprobleme und Unsicherheiten auf den Finanzmärkten sind keine theoretischen Risiken mehr, sondern reale Einflussfaktoren für langfristige Infrastrukturprojekte.

So würde niemand einen Langstreckenflug über den Atlantik beginnen, wenn bereits beim Start unklar wäre, ob ausreichend Treibstoff zur Verfügung steht, um das Ziel sicher zu erreichen. Ebenso verlangt verantwortungsvolle Projektsteuerung bei einem Infrastrukturvorhaben dieser Größenordnung, dass nicht nur der Baubeginn, sondern auch die sichere Fertigstellung viele Jahre später unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen gewährleistet werden kann.

Dies gilt umso mehr, als mit den derzeitigen Bauabschnitten besonders sensible Bereiche der städtischen Infrastruktur betroffen sind. Die Arbeiten an der Frankfurter Landstraße betreffen die zentralen Ver- und Entsorgungseinrichtungen der Stadt. Der Bereich der S-Bahn-Brücke stellt einen der wichtigsten Verkehrs- und Mobilitätsknotenpunkte der Region dar.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf die Auskunft, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um geplante Bauarbeiten auch unter außergewöhnlichen wirtschaftlichen Belastungen sicher abschließen oder zumindest geordnet absichern zu können.

Bad Homburg, den 01.06.2026

Kirsten Baum

Stadtverordnete

KEHRTWENDE – Bad Homburg